



© Franz Pfluegl - Fotolia.com

Ein soziales Europa ist ein Gewinn – auch für Unternehmer!

Bei der Sozialstaatsenquete 2012 wurde noch vor etwas mehr als einem Jahr festgehalten, dass als Folge der Finanzkrise neben dem Fiskalpakt ein gleichwertiger Sozialpakt in der EU nötig sei. In der Zusammenfassung des Europäischen Rats vom Dezember 2012 wurde davon gesprochen, dass die EU-Kommission im Juni 2013 eine Social Roadmap – einen Wegweiser für ein soziales Europa – vorstellen sollte. Wir warten noch immer vergeblich darauf. Denn was die EU-Kommission am 2. Oktober 2013 für eine bessere und frühere Identifikation von Beschäftigungs- und sozialen Problemen vorschlug, reicht nicht. Zusammen mit Anne-Marie Grozelier, Bjoern Hacker, Wolfgang Kowalsky, Jan Machnig und Henning Meyer haben wir im Oktober 2013 daher eine Roadmap to a Social Europe in englischer Sprache herausgegeben, die zu einer vertiefenden Debatte eines sozialen Europas führen soll und auf die ich mich im Folgenden oft beziehen werde. Es ist politisch und vor allem auch friedenspolitisch wichtig, die Vision eines sozialen Europas zu skizzieren, statt in die Debatte „Zurück zum Nationalstaat“ und „lieber wir als die anderen“ zu verfallen.

Im Folgenden will ich die Hintergründe der Debat-

te um ein soziales Europa darlegen, Modelle für ein soziales Europa vorstellen und mögliche Hindernisse besprechen, konkrete Reformvorschläge präsentieren und die Frage aufwerfen, wer sie durchsetzen sollte, und zuletzt – in meiner Rolle als Ökonomin – Finanzierungsmöglichkeiten eines sozialen Europas aufzeigen, denn am Geld soll es nicht scheitern. Als reichste Länder dieser Erde werden uns doch wohl auch einen Wohlfahrtsstaat leisten können.

1 Die Bedrohung der Sozialpolitik als Folge der Finanzkrise

Den Finanzmärkten ist nach der Finanzkrise ein dreifacher Coup gelungen.

1. Erstens wurde der durch sie verursachte Schaden durch Steuergelder beglichen. Aus den Fehlspekulationen und Fehlinvestitionen entstand den meisten Verursachern der Krise, den Banken und anderen Finanzinstitutionen, also kein nennenswerter Schaden. Die öffentlichen Budgets erlitten allerdings Defizite und die Staatsschulden stiegen.
2. Nun boten sich Staatsobligationen als perfektes neues lukratives Spekulationsobjekt für Finanzmärkte an, vor allem in Kombination mit Credit



Univ. Prof. Dr. Brigitte Unger

ist Direktorin des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes (WSI) in Düsseldorf und Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Utrecht.

Wie kann und soll ein soziales Europa aussehen?

Default Swaps, einer Form von Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Ländern, an. Man konnte damit auf durch die Krise angeschlagene Länder, etwa auf die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands spekulieren, die Zinsen auf griechische Bonds hochtreiben und gut daran verdienen und, falls Griechenland zahlungsunfähig würde, die ebenfalls lukrative Versicherungszahlung der Credit Default Swaps entgegennehmen. Ein bombensicheres Geschäft also auf Kosten der griechischen Bevölkerung. Das Geschäft ließ sich auch auf andere EU-Länder vor allem des Südens ausbauen.

- Als Folge der Finanzkrise erhöhten sich die expliziten und impliziten Staatsschulden (z. B. in Form von Staatsgarantien für den Bankensektor), sodass der öffentliche Sektor zu Sparmaßnahmen greifen musste. Damit gelang es – statt eine fundamentale Kritik am Funktionieren der Finanzmärkte und der Märkte im Allgemeinen zu lancieren und eine strikte Regulierung der Finanzmärkte im Besonderen zu erwirken –, den öffentlichen Sektor umzufunktionieren. Als Garant für das Finanzsystem statt als Garant für die *res publica*, die öffentliche Sache, und den Wohlfahrtsstaat.

Damit gelang es den Finanzmärkten, die Krise dazu zu nutzen, drei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: kein eigener Schaden, ein neues Geschäft mit Staatsschulden und eine Aushöhlung der öffentlichen Finanzen, um somit neoliberale Tendenzen – weniger Staat, mehr privat – noch weiter voranzutreiben.

Der Einsparungszwang, der sich durch die Krise zu ergeben scheint, wird ebenfalls vom neoliberalen Standpunkt aus, also sehr einseitig, definiert. Produktive, innovative, Humankapital bildende Staatsausgaben sind zulässig, aber unproduktive, konsumtive, dem Markt nichts oder wenig bringende Staatsausgaben sollen drastisch gekürzt werden. Der Tenor dieser Debatte ist, dass es vor allem die Sozialausgaben, die Ausgaben für Alte, für Kranke, für Bedürftige sind, die „unproduktiv“, also nichts wert sind. Diese Argumentation ist gefährlich, da sie an den Grundfesten des Wohlfahrtsstaates rüttelt, mit dem wir immerhin seit mehr als einem halben Jahrhundert auch wirtschaftlich gut gefahren sind.

2 Modelle für ein soziales Europa

Wie kann und soll ein soziales Europa aussehen? Ein Europa mit individuellen Sozialpolitiken, die langsam abbröckeln (siehe 2.1)? Ein Europa mit einer Kern-Eurozone, die gemeinsame Sozialpolitik macht (siehe 2.2)? Eine EU der Völker und der Bürger, eine „Demoikratie“ demnach? (siehe 2.3)? Oder ein Europa der Verschiedenheit, wo die EU so-

ziale Rahmenbedingungen für Selbstregulierung setzt, die die EU-Länder wie Deiche im holländischen Polder vor den Auswüchsen des Wettbewerbs schützen (siehe 2.4)?

2.1 Europessimismus

Eine Reihe namhafter deutscher Politologen, namentlich des Max-Planck-Institutes in Köln, sind der Auffassung, dass es ein soziales Europa nicht geben kann und dass deshalb der Rückzug zum Nationalen angebracht sei. Wolfgang Streecks gekaufte Zeit, Fritz Scharpfs Vorschlag der Rückkehr zum Europäischen Währungssystem sind Ansätze dieses Europapessimismus. Eine soziale Krisenbewältigung müsste demnach den Nationalstaaten überlassen werden und alte Sozialpakete unter durch die Krise erschwerten Umständen erneuert werden. Wiewohl der Europessimismus gerade angesichts der jüngsten Entwicklungen wie New Economic Governance – einem massiven Eingriffe der EU in nationale Bereiche wie Lohnpolitik und über die Austeritätsauflagen der Troika auch in Fiskal- und Sozialpolitik – oder EuGH-Rechtsprechungen, die Arbeits- und Sozialrechte weiter beschneiden (etwa die Aufhebung der Gültigkeit von dynamischen Tarifverträgen bei Neuübernahme in Deutschland), nachvollziehbar ist, sollten wir ein Europamodell für ein soziales Europa, in dem wir leben wollen, finden. Denn ein Zurück gibt es nicht. Dafür ist der Integrationsprozess in Europa zu weit fortgeschritten. Eine Rückkehr zum Nationalstaat in einer globalisierten Welt und innerhalb dieses Europas geht nicht. Die Sozialpolitik würde immer mehr abbröckeln und das Scharpfsche Europäische Währungssystem würde innerhalb von 24 Stunden durch Spekulation von nicht regulierten Finanzmärkten zusammenbrechen. Natürlich hat der Europessimismus auch seine Berechtigung: Wenn ein soziales Europa möglich ist, warum gibt es bis jetzt selbst nach der Krise keinerlei Ansätze in diese Richtung? Gerade jüngste EuGH-Urteile stärken den Europessimismus. Nichtsdestoweniger scheint es mir gerade nach der Finanzkrise wichtig, Alternativen zu diesem Europa aufzuzeigen und Wege, wie diese erreicht werden können.

2.2 Ein Kern-Eurozonen-Europa

Ein optimistischeres Europabild hat der deutsche Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas. Er sieht das derzeitige Dilemma darin, dass Technokraten, Europäischer Rat und Europäisches Parlament nicht am gleichen Strang ziehen und keine Vision einer gemeinsamen EU-Politik haben, sondern aus Angst vor einem völligen Zusammenbruch des Projekts Europa nur kleine Schritte wagen. Teil des Dilemmas ist dass die EU-Politik der Technokraten (der

EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Europäischen Gerichtshofs) massiv in das Leben der Bürger eingreift, aber zu sehr abgekoppelt von jeglicher demokratischer Kontrolle ist.¹ Der britische Politologe Colin Crouch spricht in diesem Zusammenhang von „Postdemokratie“, dass nämlich demokratisch nicht legitimierte Organe (EU-Kommission, EuGH, EZB) politische Entscheidungen treffen anstatt der Politik. (Aufgrund dieses Demokratiemangels hatte auch die Wut der EU-Bevölkerung nach der Finanzkrise keine nennenswerten Effekte auf EU-Entscheidungen. Trotz massiver Proteste in vielen Ländern, wo Bürger, denen man zuvor erklärt hatte, dass kein Geld für Schulen, Bildung und Soziales da sei, die aber nun sahen, dass Milliardenbeträge für Finanzmärkte nun doch plötzlich vorhanden waren, auf die Barrikaden stiegen, gab es keine Reaktionen in der EU-Politik). Der Europäische Rat hingegen besteht aus demokratisch gewählten Regierungschefs, die aber ihre nationalen Interessen und nicht EU-Interessen verfolgen. Und das EU-Parlament schließlich, das eine Brücke zwischen nationalen Interessen und EU-Entscheidungen bilden sollte, hat gerade in der Finanzkrise wenig zu vermelden gehabt. Im EU-Parlament sieht Habermas aber die Chance, über nationale Interessen hinauszukommen, da hier Parteien zugegen sind und nicht Vertreter von Nationen. Damit sei es leichter, europäische Anliegen, die über nationale Interessen hinausgehen, aufzugreifen (etwa soziale Anliegen durch sozialdemokratische Parteien). Neoliberale Ökonomen hätten fälschlich eine Konvergenz von Lohnstückkosten und Wachstum bei freiem Wettbewerb und Mobilität von Gütern, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital in der Währungsunion behauptet. Heute gebe selbst die EU zu, dass die Währungsunion falsch konzipiert worden sei. Eine gemeinsame Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sei erforderlich, um die Eurozone zu erhalten. Habermas plädiert für ein Europa, in dem es die Euroländer als politische Union gibt, als Kerneuropa, das supranationale Entscheidungen trifft, mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik, und die Peripherie Europas, die zustimmt, außerhalb des Euro zu bleiben. Der nationale Handlungsspielraum in den kern-europäischen Ländern würde damit deutlich verringert, es käme zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für eine Veränderung der EU-Verträge und Aufgabe nationaler Souveränität sei Solidarität erforderlich. Habermas sieht in der Solidarität aber keinen Akt der Nächstenliebe, sondern ein ureigenes Interesse der Beteiligten. Wohlfahrtsstaaten seien ja auch erst



© extender_01 - Fotolia.com

nach zwei Weltkriegen entstanden. Eine nationale Solidarität, die für das Wohlergehen sowohl von Arbeit als auch von Kapital wichtig war, entstand erst, als beide Parteien erkannten, dass Solidarität für sie vorteilhaft ist. Heute laute die Herausforderung, nationale Grenzen zu überschreiten und Solidarität im Sinne einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der Eurozone in Form einer politischen Union auszuüben. Auch hier sei Solidarität kein Selbstzweck, sondern stehe für gemeinsames Wachstum und Wohlstand (siehe Habermas 2013).

2.3 „Demoikratie“ – ein Europa der Völker und der Bürger

Kalypso Nicolaidis (2013), Politologin für internationale Beziehungen an der Universität Oxford, plädiert für eine „Democracy“, eine Union der Völker, in der Staaten und Bürger gleichermaßen herrschen, aber nicht als Einheit. Erstens sollte auf nationaler Ebene Demokratie herrschen und gewährleistet sein. Zweitens sollten auf EU-Ebene negative externe Effekte nationaler Demokratien korrigiert werden, also eine transnationale Demokratie herrschen. Und drittens, auf supranationaler Ebene müsse eine konsensuale Demokratie der Völker herrschen. Unterschiedliche Auffassungen und Wünsche zwischen den Völkern (z. B. bezüglich der Sparpolitik) müssen aufeinander abgestimmt werden (statt Sparpakete dem Süden aufzuzuktrotyieren).

2.4 Ein Europa der Selbstregulierung – *in varietate concordia*

Der Vorschlag von Nicolaidis ist vereinbar mit dem Vorschlag von van Waarden, dem „Erfinder“ des holländischen Poldermodells.

Jürgen Habermas plädiert für ein Europa, in dem es die Euroländer als politische Union gibt, das mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik supranationale Entscheidungen trifft, und die Peripherie Europas, die außerhalb des Euro bleibt.

¹ Ein treffendes Zitat von Habermas hierzu: „if the economic constraints imposed by markets happily meet the flexibility of a free-floating European technocracy ...“ („wenn durch den Markt gesetzte ökonomische Zwänge fröhlich auf eine völlig flexible europäische Technokratie treffen ...“).

Selbstregulierung durch Verbände und Kammern, also durch sozialpartnerschaftliche Lösungen, scheint das vielversprechende Zukunftsmodell für Europa, auch wenn die Sozialpartnerschaft zuletzt stark herausgefordert wurde.

Van Waarden (2013) sieht einen großen Unterschied zwischen der Solidarität, die erforderlich ist, um einen nationalen Wohlfahrtsstaat zu gründen, und der Solidarität, die zwischen dem Norden und Süden Europas nötig ist. Eine wichtige Barriere für Solidarität seien die unterschiedlichen Sprachen innerhalb Europas. Um Gemeinsamkeiten und auch gemeinsame Vorteile zu erkennen, müsse man sie auch verstehen können. Zwar habe sich die Voraussage von Abraham de Swaan, dass je mehr Länder der EU beitreten, je dominanter Englisch als gemeinsame Sprache werde, bewahrheitet, aber Sprache trenne die EU noch stets und verhindere eine gemeinsame Politik. Van Waarden plädiert für eine EU, die ihrem ursprünglichen Motto, *in varietate concordia*, „Einheit in der Verschiedenheit“, treu bleibt. Dafür müsse sie regulatorisch eine Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation von Arbeit und Kapital sowohl auf nationaler wie auch auf EU-Ebene finden. Die EU müsse auf Selbstregulierung bauen, ein Modell, das immerhin schon auf die mittelalterlichen Zünfte zurückgeht, wie das holländische Poldermodell, das den neoliberalen Wettbewerbsmodellen überlegen ist. (Das Poldermodell von van Waarden beschränkt sich allerdings – im Gegensatz zu seiner derzeitigen Interpretation in den Niederlanden – nicht nur auf Lohnpolitik!) Selbstregulierung durch Verbände und Kammern, durch sozialpartnerschaftliche Lösungen scheint mir immer noch das vielversprechendste Zukunftsmodell für Europa. Auch wenn Sozialpartnerschaft in den letzten Jahrzehnten stark herausgefordert wurde. Der Bipartismus (Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern) in Deutschland mit einer durch Hartz IV vermengten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Niedriglöhne subventioniert, hatte schon bessere Zeiten gesehen. Und der Tripartismus in Österreich (Verhandlungen von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern) war in der Vergangenheit auch schon erfolgreicher. Sozialpartnerschaftliche Lösungen müssen heute unter erschwerten Umständen der Internationalisierung und Bedrohung durch Abwanderung von Betrieben, ohne die Rute der Alternative Kommunismus im Fenster agieren. Aber dafür sind diese Systeme politisch und demokratisch abgesichert und haben Jahrhunderte überdauert, wenn man ihre Wurzeln in den mittelalterlichen Zünften sieht, sogar ein Jahrtausend. Gerade jetzt, in Zeiten des Sozialabbaus, gilt Österreich als Vorzeigeland und sollte diese Vorreiterrolle auch erhalten – und zwar nicht als bestes Abbauland, sondern als jenes mit hervorragenden kreativen Ansätzen einer Sozialpolitik, die auch international bewundert wird.

Diese Selbstregulierungsmodelle sind vor allem im Kleinen entstanden. Charakteristisch waren wenige Teilnehmer, wie z. B. nationale Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, aber es könnten auch z. B. zehn Multis auf EU-Ebene oder auf organische Lebensmittel spezialisierte Bauern in der EU sein. Im Poldermodell werden Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände, Sozialpartnerschaft und Sozialpolitik als Deiche gesehen, die das Land vor Überflutung durch Wettbewerb schützen, aber doch Wettbewerb innerhalb der Deiche ermöglichen. Die EU müsse regulativ im breiten Sinne des Poldermodells eingreifen, um diese nationalen Arrangements zu schützen und auch auf EU-Ebene aufzubauen. Die Regulierungsnotwendigkeit umfasse Handel, Produktion, Arbeit, Einkommen und Investitionen und dürfe nicht nur auf Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern reduziert werden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung vieler Bereiche durch die holländische Regierung (z. B. niedriger Buchpreis zum Schutz der holländischen Sprache) sei ebenso Teil des Poldermodells wie Pensionen, Bildung und Umverteilung. Es sei Aufgabe der EU, den Schutz dieser fünf Bereiche auf nationalem und supranationalem Niveau zu gewährleisten und damit eine Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation zu schaffen und langfristige Prosperität zu erzielen.

Der Vorteil von van Waardens Europamodell ist es, dass es vereinbar ist mit dem Prinzip der **Subsidiarität**, das in der EU gilt (oder gelten sollte), die EU vor allem Rahmenbedingungen schafft, die nationalstaatliche Politik schützen. Für übergreifende, grenzüberschreitende Politikbereiche, wie etwa Umwelt oder Steuerhinterziehung mit ihren negativen externen Effekten, muss die EU zuständig sein. Hier müssen supranationale Lösungen im Sinne der Democracy – also gemeinsam zwischen den Völkern und Bürgern – gefunden werden.



© kabox - Fotolia.com



© Joachim Wendler - Fotolia.com

Derzeit ist es um die Legitimität der EU schlecht bestellt: 59 % der Deutschen, 69 % der Briten und 72 % der Spanier misstrauen laut Eurobarometer der EU. Die Europäische Union hat die Zustimmung von etwa zwei Drittel ihrer Bürger verloren!

müssten in den neuen Verträgen beinhaltet sein und von diesen garantiert werden. Will man ein EU-Poldermodell schaffen, ist das Grundrecht auf Arbeit und Soziales eine unabdingbare Voraussetzung für den Schutz nationaler Selbstregulierungskräfte.

Wichtig scheint mir vor allem auch, die Einbahnstraße der Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu unterbrechen. In den letzten Jahren sind zunehmend Urteile gefällt worden, die massiv in das Arbeits- und Sozialrecht und in Tarifverträge eingreifen. Da die Entscheidungen des EuGH von seinen zuvor getroffenen Entscheidungen abhängen, also pfadabhängig sind, gilt es, den Pfad umzudrehen. Eine Möglichkeit wäre, wenn nationale Verfassungsgerichte, etwa der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof (oder der tschechische) die EuGH-Entscheidungen anfechten. Denn bis dato ist nicht ausjudiziert, inwieweit der EuGH zu derartigen Entscheidungen überhaupt befugt ist. Dass der EuGH Wettbewerb vor Soziales stellt, ist langfristig bedrohlich für einen europäischen Wohlfahrtsstaat.

Eine weitere Möglichkeit und Hoffnung bestünde darin, das **Recht auf Arbeit und Soziales als Menschenrecht** zu definieren und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte damit zu befassen.

4.2 Mindeststandards

Kann es ein soziales Europa für alle geben? Welche Mindeststandards wären für dieses Europa für alle zu setzen? Gerade hoch entwickelte Wohlfahrtsstaaten befürchten, dass eine Diskussion um ein soziales Europa eine Herabsetzung ihrer höheren sozialen Standards bedeuten könnte, denn ein mittlerer EU-Sozialstandard läge natürlich deutlich unter dem z. B. deutschen oder österreichischen Standard. Deshalb ist es wichtig, Mindeststandards als Untergrenzen zu begreifen und national bessere Wohlfahrtsarrangements abzusichern.

In diesem Sinne fordern Jean Paul Fitoussi und Xavier Timbeau (2013) von Ecole Science Politique und OFCE in Paris einen **Mindestlohn für Europa** mit verschiedenen nationalen Ausgestaltungsmöglichkeiten, um den unterschiedlichen Kollektivverhandlungspraktiken der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Schon Jahre zuvor haben auch Schulten et al. (2006; siehe auch Schulten 2012) vom WSI

Düsseldorf Argumente für einen europäischen Mindestlohn aufgezeigt.

Martin Seeleib-Kaiser (2013) von der Universität Oxford plädiert für einen europäischen Wohlfahrtsstaat mit einer Mindestgrundversorgung wie z. B. einer **Mindestpension**. Bsirske von ver.di Deutschland schlägt für Pensionen z. B. **Mindesteinkommenssatzraten** vor sowie zusätzliche Gesundheits- und Trainingsausgaben, die das de facto Pensionsalter erhöhen.

Einen sehr weitreichenden Vorschlag macht der belgische Philosoph Philippe van Parijs (2013). Er schlägt eine **Euro-Dividende** vor. Dies ist ein Basiseinkommen für jeden EU-Bürger oder zumindest für jeden Bürger des Euroraums. Eine (EU-harmonisierte) Mehrwertsteuer von 20 % würde rund 10 % des BIP der EU betragen und ca. 200 Euro Basiseinkommen (= Euro-Dividende) für jeden Bürger liefern. Damit wäre eine Grundsicherung in Europa gegeben, vor allem würde es die im Vergleich zu den USA geringere Mobilität der Arbeitnehmer etwas ausgleichen. Es würde auch ökonomische Notmigration aus dem Süden verringern und so Geld statt ins Zentrum in die Peripherie verteilen. Es würde den Wettbewerb und soziales Dumping zwischen den EU-Ländern verringern. Die EU würde etwas Sichtbares und Tastbares verteilen. Dies würde die Wahrnehmung der EU als herzlose Bürokratie hin zu der sorgenden und versorgenden EU verändern und damit ihre Legitimität erhöhen. Denn im Augenblick ist es um die Legitimität der EU sehr schlecht bestellt: 59 % der Deutschen, 69 % der Briten, 72 % der Spanier misstrauen laut Eurobarometer der EU. Die Europäische Union hat also die Zustimmung von etwa zwei Drittel ihrer Bürger verloren!

Der Vorschlag von Parijs ist teuer. Nach dem Gießkannenprinzip EU-Geld zu verteilen hat den Nachteil, dass das daraus resultierende Basiseinkommen von 200 Euro (pro Jahr?!) zu wenig ist, um davon leben zu können, während es für einen Großteil der EU-Bürger keine spürbare Veränderung bedeutet. Die Euro-Dividende würde also wohl kaum wahrgenommen werden. Dass sie aus der Mehrwertsteuer finanziert werden soll, die als regressiv gilt, also die unteren Einkommensschichten mehr belastet, macht den Vorschlag auch nicht vielversprechender.

4.3 Finanzierungsmodelle für ein soziales Europa

Michael Sommer (2013), DGB-Vorsitzender, fordert eine Art **Marshallplan für Europa**, ein Investitions- und Entwicklungsprogramm für alle 27 EU-Länder mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Dieses soll wie die US-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg an Europa, die sowohl den USA als auch Europa genützt hat, dem Süden Europas kurzfristig und dem Norden Europas mittelfristig helfen.

Martin Seeleib-Kaiser (2013) plädiert für eine **Transferunion**, um unterschiedliche Auffassungen über Europa zu überbrücken und als solidarischer Akt.

5 Wer könnte ein soziales Europa aufbauen?

Wer kann und sollte die Initiative ergreifen, um ein soziales Europa aufzubauen? Sind es Sozialdemokratische Parteien (Wilson 2013)? Selbstregulierende Organisationen (van Waarden 2013)? Die Gewerkschaften (Huber 2013, Bsirske/Busch 2013, Sommer 2013), national und europaweit, die sich nicht nur um ihr Stamm-, sondern auch ihr potentielles Klientel sorgen? Die nationalen Arbeitgeberverbände, die einsehen, dass Verarmung und steigende Kriminalität schlecht fürs Geschäft sind? Die multinationalen Konzerne, die wissen, dass sie ihre Produkte nicht in revoltierenden Ländern absetzen können? Soziale Protestbewegungen wie Attac oder Occupy Wall Street, die bei den Herrschenden Angst vor Revolution und ein Umdenken erzeugen? Der geläuterte Europäische Rat mit europäisch denkenden Regierungschefs? Oder der Europarat, dessen Richter das Soziale plötzlich zum Menschenrecht erklären? Das Europäische Parlament mit erfolgreichen sozialdemokratischen Europaparteien? Die Europäische Kommission, die neue EU-Sozialpakete entwirft? Der Europäische Gerichtshof, der das Soziale plötzlich auf eine Stufe mit der Wettbewerbsfähigkeit stekkt und Urteile wie Viking, Laval und Rüffert, die massiv in das Arbeits- und Sozialrecht eingriffen, in Zukunft sein lässt? Die Europäische Zentralbank, die beschließt, alle Staatsobligationen aufzukaufen, sodass es keinen Unterschied macht, ob es Eurobonds gibt oder nationale Bonds? Oder gar die Finanzmärkte, die endlich zu der von J. M. Keynes – einem Kind der Aufklärung – prognostizierten Einsicht kommen, dass sie wieder etwas gesellschaftlich Nützlich leisten wollen und den Keynes'schen Tod des Rentiers selbst herbeiführen?

6 Finanzierungsmöglichkeiten eines sozialen Europas

Abschließend möchte ich noch Finanzierungsmöglichkeiten eines sozialen Europas aufzeigen, denn am Geld soll es nicht scheitern (siehe Unger 2013).


6.1 Neue Steuern für ein soziales Europa

In Zeiten, in denen Geld so wichtig scheint, sollte nicht vergessen werden, die Verursacher der Finanzkrise, nämlich die Finanzmärkte, zur Verantwortung zu ziehen. Wenn man sieht, welcher Schaden und welches Leid europäischen Wohlfahrtsstaaten durch die Finanzkrise angetan wurde, dann ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer dringend nötig. Im Mai 2013 hat die EU berechnet, dass eine Steuer von 0,1 % auf Obligationen- und Aktienumsätze und von 0,01 % auf Derivat-Transaktionen bis zum Jahr 2020 20 Milliarden Euro einbrächte. Würde man dazu noch eine Steuer auf ausländische Währungen einführen, würde sich das Gesamtaufkommen auf 50 Milliarden Euro erhöhen. Die Finanzaktivitätssteuer, die als Alternative diskutiert wird und 5 % der Lohn- und Gewinnsumme der Finanzinstitutionen ausmachen soll, würde 25 Milliarden Euro bringen.

6.2 Steuervermeidung – Steuerlöcher stopfen

Als das britische Parlament die Konzerne Starbucks, Google und Amazon wegen unmoralischen Verhaltens rügte, weil sie Steuerlöcher ausgenutzt hatten, schien es kurz, als würde eine neue Ära eingeleitet. Vor allem, als Offshoreleaks täglich neue Steuervermeidungsstrategien von Konzernen enthüllte. Das (legale) Verhalten von Großkomturen wurde öffentlich als unmoralisch gerügt. Starbucks hatte mit dem Werbespruch „fair trade coffee“ seinen weltweiten Kaffeebedarf in einem Land eingekauft, in dem weder eine Kaffeebohne wächst noch die Preise niedrig sind, nämlich in der Schweiz. Durch die hohen Einkaufskosten konnten die Profite niedrig gehalten und dann auch noch gering versteuert werden. Kein allzu faires Geschäft, fand das britische Parlament. Ama-

Im Mai 2013 hat die EU berechnet, dass die Finanzaktivitätssteuer, die als Alternative zur Finanztransaktionssteuer diskutiert wird und 5 % der Lohn- und Gewinnsumme der Finanzinstitutionen sein soll, 25 Milliarden Euro bringen würde.



Mindestlohn

© mapoll-photo - Fotolia.com

zon UK hält all seine Bücherlager in Großbritannien und verkauft auch dort seine Bücher, zahlt aber steinerne Steuern in Luxemburg. Und Google sparte über Konstruktionen wie „Double Irish Dutch Sandwich“, in denen man zwei irische Töchter (double Irish), davon eine mit ausländischem Management, gründet, erheblich Steuern. Ein Loch im irischen Steuersystem besagt nämlich, dass, wenn ein ausländisches Management besteht, keine Körperschaftssteuer anfällt. Und ein holländisches Steuerloch besagt, dass, wenn ein eine innereuropäische Überweisung erfolgt, diese steuerfrei ist. So schickt man also Geld zuerst zur einen irischen Tochter, dann über die Niederlande (Dutch Sandwich) steuerfrei zur zweiten irischen Tochter, die ein ausländisches Management hat, sodass auch in Irland keine Körperschaftssteuer anfällt, und dann in die steuerfreie Karibik.

James Henry vom Tax Justice Network schätzt, dass weltweit die Offshore-Finanzanlagen 32 Billionen US-Dollar betragen. Mehr als 122.000 Briefkastenfirmen wurden von Offshoreleaks identifiziert in Offshore-Zentren wie den Britischen Jungferninseln, den Kaimaninseln oder in Singapur.

Das Stopfen von Steuerlöchern vor allem innerhalb der EU und Europas würde vor allem das Steueraufkommen aus der Körperschaftssteuer, der Steuer auf Gewinne der Unternehmungen, deutlich erhö-

hen. Auch mit diesen Einnahmen ließe sich ein soziales Europa finanzieren.

6.3 Steuerhinterziehung – Gelder eintreiben

Während Konzerne legal Steuer vermeiden, da sie ja ausgeprägte Finanzberatungs- und Steuerberatungsabteilungen haben, die Steuertricks ersinnen können, sind mittlere und kleinere Unternehmungen und auch Private darauf angewiesen, illegale Kanäle der Steuerhinterziehung zu erschließen. Stiftungskonstruktionen und Bargeldkoffer im Dreieck Österreich, Liechtenstein und Schweiz wurden im ZDF mit versteckter Kamera recht deutlich aufgedeckt. Der Anwalt von Swarovsky wurde mit einem Koffer mit drei Millionen Euro Bargeld vom niederländischen Zoll festgehalten. Schätzungen zur Steuerhinterziehung schwanken stark und liegen zwischen 3 % und 15 % des BIP (Unger 2013). Eine Studie von Booz und Company in Zürich 2011 ergab, dass 102 Milliarden Euro deutsches hinterzogenes Steuergeld in der Schweiz liegen. Die EU hat ein BIP von 12,8 Billionen Euro, die Sozialausgaben variieren zwischen 17,8 % des BIP in der Slowakei, 26 % in Deutschland und 32 % in Frankreich. Ein EU-Wohlfahrtsstaat auf deutschem oder französischem Niveau kostet also rund 30 % des EU-BIP. Dieses Niveau könnten alle EU-Länder erreichen und halten. Ein europäischer Wohlfahrtsstaat könnte allein durch Besteuerung der Finanzmärkte und das Eintreiben von hinterzogenen Steuern finanziert werden. Am Geld sollte ein soziales Europa demnach nicht scheitern!

Schlussfolgerungen

Ein soziales Europa ist denkbar, wie die Modelle eines sozialen Europas zeigen. Es ist gestaltbar, wie konkrete Vorschläge zeigen. Und es ist finanzierbar. Es gibt Akteure, die die Gestaltung in die Hand nehmen können, wie Parteien, Verbände und soziale Bewegungen. Die Solidarität, die hierfür nötig ist, ist nicht eine aus reiner Menschenliebe, sondern Selbstzweck für ein gemeinsames Friedensprojekt, von dem alle profitieren.

Ein soziales Europa ist heute noch eine Utopie. Aber der Wohlfahrtsstaat war einst auch eine Utopie. Und Bismarck hat das öffentliche Pensionssystem, das ja auch für das österreichische Pensionssystem Modell stand, nicht geschaffen, weil er so ein fürsorglicher Mensch war, sondern weil er Angst hatte, dass sich die französische Revolution auch in Deutschland ausbreitet. Ein Wohlfahrtsstaat heute kostet rund 30 % des Bruttoinlandsprodukts. Um mit Kurt Rothschild abschließend zu sprechen: „Wir sind reicher, als wir jemals waren, und können uns plötzlich den Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten.“ Ich hoffe gezeigt zu haben, dass wir es können. Worauf warten wir also?

LITERATUR:

- Roadmap to a Social Europe, Social Europe Report, Social Europe Ltd., www.social-europe.eu, ed. by Anne-Marie Grozelier, Bjoern Hacker, Wolfgang Kowalsky, Jan Machnig, Henning Meyer and Brigitte Unger, October 2013.
- Bsirski, Frank/Busch, Klaus (2013), A Concept for Deepening the Social Dimension of the European Union, in: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Deakin, Simon (2013), Social Policy will be Critical to a Sustainable EMU, in: (kursiv:) Roadmap to a Social Europe, (kursiv Ende) www.social-europe.eu
- Fitoussi, Jean-Pau/Timbeau, Xavier (2013), What does a Social Europe look like today? In: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Habermas, Jürgen (2013), Democracy, Solidarity and the European Crisis, in: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Hill, Steven (2013), Europe's Democracy, Solidarity and the European Crisis, in: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Huber, Berthold (2013), A Social Europe Requires a Change of Course for the Young Generation, in: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Nicolaidis, Kalypso (2013), Pragmatism, Idealism and European Democracy, in: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Seeleib-Kaiser, Martin (2013), What is the Social Dimension of the EU? In: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Sommer, Michael (2013), Europe Needs a Change of Course, in: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Unger, Brigitte (2013), How to Finance a Social Europe? In: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Schulten, Thorsten/Schäfer, Claus/Bispinck, Reinhard/Rieger, Andreas/Ringger, Beat/Baumann, Hans/Husson, Michel/Math, Antoine (2006), Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik, in: Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard/Schäfer, Claus (Hrsg.), Mindestlöhne in Europa, Hamburg, S. 301–306.
- Schulten, Thorsten (2012), European Minimum Wage Policy: A concept for wage-led growth and fair wages in Europe, in: International Journal of Labour Research, Vol. 4 (1), S. 85–104.
- Van Parijs, Philippe (2013), The Euro-Dividend, in: (kursiv:) Roadmap to a Social Europe, (kursiv Ende) www.social-europe.eu
- Van Waarden, Frans (2013), A Poldermodel for the EU? In: Roadmap to a Social Europe, www.social-europe.eu
- Wilson, Robin (2013), Social Europe is the only Solution, in: (kursiv:) Roadmap to a Social Europe, (kursiv Ende) www.social-europe.eu